

„Pensionen sind sicher, nur deren Höhe nicht“

Folgen des demografischen Wandels unterschätzt

UNZ. In den nächsten Jahren gehen die geburtenstärksten Jahrgänge Österreichs in Pension, die sogenannten Babyboomer. Die Auswirkungen würden unterschätzt, das Thema sei in der politischen Diskussion „unterbelichtet“, sagte Alt-Landeshauptmann und Obmann des oö. Seniorenbundes, Josef Pühringer, gestern bei einem Pressegespräch nach dem „Seniordialog“, einer Veranstaltungsreihe des Seniorenbundes.

Es gehe dabei nicht nur um die Finanzierung der Pensionen, auch das Gesundheitssystem und vor allem die Pflege stünden vor Herausforderungen. „Wir müssen diese Veränderungen gestalten, nicht erleiden“, sagte Pühringer.

Osterreichs Pensionssystem stehe vor einer „dramatischen Rüttelstrecke“, die jetzt beginne und bis etwa bis zum Jahr 2034 dauere, sagte Bernd Marin, Direktor des „European Bureau for Policy Consulting and Social Research“. Das gelte in erster Linie für die Pensionen, aber auch den Arbeitsmarkt, die Steuerung der Ab- und Zuwanderungsbewegungen, das Bildungswesen, aber auch die Bereiche Gesundheit und Pflege. „Wir können diese Rüttelstrecke natürlich überleben, aber wir müssen uns anschnallen“, sagte Marin.

Franz Schellhorn, Direktor von Agenda Austria, sieht im Umgang mit den Pensionen einen wichtigen Grund dafür, dass die budgetäre Lage Österreichs seit vielen Jahren so angespannt sei. Zwischen Einzahlungen der Aktiven in das Pensionssystem und den Auszahlungen klappe eine Lücke von knapp 20 Milliarden Euro.

Das staatliche Umlagesystem befinde sich in einer gefährlichen Schieflage. „Die Pensionen sind sicher, aber deren Höhe nicht“, sagte Schellhorn. Beheben lasse sich das durch höhere Pensionsbeiträge, drastische Pensionskürzungen oder durch etwas längeres Arbeiten. Derzeit sei es so, dass die Österreicher noch immer so früh in Rente gehen wie in den 1970er-Jahren, obwohl die Lebenserwartung um sieben Jahre gestiegen ist. (hnt)



Franz Schellhorn Foto: Agenda Austria

teil binden, so Pammer. Sie wären außerdem weniger verwaltungsintensiv und unabhängig von Zinsschwankungen. „Die Umstellung auf Zuschüsse würde bei gleicher Förderungswirkung den Einsatz öffentlicher Mittel massiv verringern“, sagt Pammer.

„Empfehlungen umgesetzt“

Wohnbaulandesrat Manfred Hainbucher geht in seiner Stellungnahme nicht direkt auf diesen Vorschlag des Rechnungshofes ein. Er verweist auf die Novellierung wesentlicher Verordnungen der Wohnbauförderung, die mit Jänner dieses Jahres in Kraft getreten sei. „Durch die sind einige Empfehlungen des Rechnungshofes umgesetzt worden“, wird Hainbucher in einer Aussendung zitiert.

Skeptisch sieht den Vorschlag die Landes-SPO. Sie befürchtet, dass bei einer Umstellung auf Investitionszuschüsse die Mieter das Zinsrisiko zu tragen hätten.

Auch auf die Problematik, dass geförderte Wohnungen mit der Zeit teurer würden, ging der Rechnungshof ein. Er empfiehlt, dass die anfänglichen Annuitäten etwas höher sein sollten. Frank Schneider, Sprecher der Gemeinnützigen in Oberösterreich, verweist darauf, dass mit der Novelle, die zu Jahresbeginn in Kraft getreten ist, die anfängliche Rückzahlung bereits von 0,9 auf 1,5 Prozent der Darlehenssumme angehoben wurde.

Der Rechnungshof verweist auch darauf, dass leistbare Wohnungen nicht allein durch die Wohnbauförderung bereitgestellt